

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Sonntagsblatt“ und „Allerlei Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Post ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streich also ersicht jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 3spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Anzeigenzeile 40 Pfg., 2spaltige 50 Pfg., 1spaltige 60 Pfg. — Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für wichtige Nebenarbeiten und für die Besondere oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird besonderer Garantie übernommen. / Beleggebühren: 10.— M., das Laufen, zuzüglich Postgebühr. — Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 129

Dienstag, den 4. November 1930

32. Jahrg.

Zuchtbullen-Verkauf.

Donnerstag, den 6. November, um 20 Uhr soll im **Ratsstall** zu Kemberg ein 15 1/2 Zentner schwerer **Zuchtbulle** meistbietend verkauft werden. Beschichtigung vorher bei Herrn Landwirt Otto Schulze, Leipziger Neumarkt 21, gern gestattet.

Kemberg, den 6. Oktober 1930.

Der Magistrat.

Für die Mitglieder der **Freiwilligen Feuerwehr** mit allen **Ordnungs-, Wasser- und Druckmannschaften** sowie **Wasserfahrern** findet die große

Herbstübung

im Laufe dieser Woche statt. Sobald die Alarmzeichen ertönen, haben sich sämtliche Mannschaften **sofort am Spritzenhause zu versammeln**, wo das Brandobjekt beauftragt werden wird.

Kemberg, den 3. November 1930.

Die Polizeiverwaltung. Der Oberbrandmeister.

Börse und Politik.

Der Monat Oktober hand ganz besonders im Zeichen der innerdeutschen Politik. Die große Ungewissheit, die im Hinblick auf den Zusammenritt des Reichstages und die weitere Gestaltung der deutschen Politik geherrscht hatte, war die Veranlassung zu einer Zuspitzung, die sich besonders stark am Geld- und Kapitalmarkt auswirkte. Trotz verschiedentlichem Abrufen kurzfristiger Gelder, die insbesondere den Gold- und Devisenbestand der Reichsbank beeinträchtigte, erwies sich sowohl die Position der Reichsbank als auch die der deutschen Banken als durchaus gesichert. Hieraus ist zu folgern, daß die deutsche Bankwelt den Unsicherheitsfaktor, der in den kurzfristigen Auslandsanleihen besteht, durch vorzügliche Dispositionen auszugleichen versteht. Deshalb muß auch den Zweifeln an der deutschen Währungs wieder entgegengetreten werden. Die deutsche Reichsmark hat sich auch in den kritischen Tagen des Oktober als durchaus gesichert erwiesen. Selbstverständlich muß es immer die Aufgabe jeder verantwortungsbewußten politischen Führung sein, alles auf strengste zu vermeiden, was den deutschen Kredit und damit auch die deutsche Wirtschaft zu schädigen geeignet sein könnte. Wie oft ist es von allen maßgebenden Wirtschaftlern als eines der dringendsten Erfordernisse bezeichnet worden, daß den Verheerungen der Inflation die Bildung von Sparcapital mit allen Kräften anzuregen und zu fördern, schon aus dem Grunde, um Deutschlands Kapitalbedarf möglichst unabhängig vom Ausland zu befriedigen. Ganz besonders ist die Anregung der Sparrichtigkeit auch unter dem Gesichtswinkel der Förderung und Verbilligung des Realcredits zugunsten der Landwirtschaft und der Bauwirtschaft dringend notwendig. Deshalb muß peinlichst darauf geachtet werden, daß alles unterbleibt, was das Vertrauen inländern und deutsche Sparertreue von produktiven Anlagen im Inland abschaffen könnte. Gerade angesichts der Wirtschaftskrisen muß es die Aufgabe aller derjenigen, die der Staat weiter Teile der Bevölkerung zu steuern gemittelt sind, sein, das Vertrauen zur deutschen Wirtschaft und zur Sicherheit der deutschen Anlagewerte zu steigern.

Die deutsche Wirtschaftslage hat im Oktober noch keine Besserung zu verzeichnen. Der Beschäftigungsgrad hat sich insgesamt noch weiterhin verschlechtert, was in den meisten Gewerbebezügen zum Ausdruck gelangte. Allerdings sind auch einige erfreuliche Ausnahmen zu erwähnen. Einzelne Teile der Textilindustrie wiesen eine Besserung auf, die zum Teil saisonmäßig bedingt war. Relativ gut beschäftigt sind auch nach wie vor einige Zweige der Schwachstromindustrie, soweit sie sich mit dem Radiowesen befassen. Auch der letzte Bericht der I. G. Farbenindustrie ließ erkennen, daß dieses in fast allen wichtigen Teilen der chemischen Produktion maßgebende Unternehmen einen relativ befriedigenden Beschäftigungsgrad aufweist. Im Kalkbergbau hat sich der Absatz für das In- und Ausland auch noch verhältnismäßig günstig gestaltet. Von erheblicher Bedeutung dürfte die nunmehr in der Durchführung begriffenen Maßnahmen zum Zweck des Preisabbaus sein. Im Mittelpunkt dieser Aktion wird die Ermäßigung der Kohlenpreise stehen, deren Auswirkung für die deutsche Wirtschaft von größter Tragweite zu werden versprochen, besonders wenn auch die Strom- und Kraftlieferung entsprechend verbilligt wird. In engstem

Zusammenhang hiermit steht auch die Frage der Senkung der Eisenpreise. Für das Baugewerbe wird es überaus wichtig sein, daß auch auf dem Gebiet der Baustoffe erhebliche Verbilligungen eingeleitet sind, die wahrscheinlich, wenn die Rohlenpreisreduktion Tatkraft gewährt ist, zum Teil noch weitere Preisabschläge erfahren werden. Somit eröffnen sich jedenfalls für die kommende Zeit gewisse, nicht unangenehme Perspektiven für die deutsche Wirtschaft, vorausgesetzt, daß es möglich sein wird, die dringende Sanierung und Neuordnung unserer Finanzen und Steuern zur Durchführung zu bringen. Erfolgreicherweise hat sich in der zweiten Hälfte des Oktober wieder eine Festigung des Vertrauens ergeben, besonders nachdem auch der sogenannte „Leberbrüchigkeitstest“ als ein besonderer Vertrauensbeweis des Auslandes zustande gekommen war. Seitdem hat sich auch die Devisenlage wieder günstiger gestaltet. Vielfach sind zurückgegriffene Auslandsanleihen durch neuen Zufluss kompensiert worden. Man darf deshalb, wenn von der positiven Seite her keine beunruhigenden Einwirkungen erfolgen, der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich nach Ueberwindung des Ultimotermis wieder eine Entspannung am deutschen Geldmarkt durchsetzen wird.

Die Börse ist naturgemäß durch die geschilderten Unsicherheitsmomente im stärksten Maße beeinflusst worden. Zu Beginn des Monats haben in- und ausländische Kreise aus dem eingangs beschriebenen Gründen deutsche Werte vielfach „à tout prix“ verkauft. Zum erheblichen Teil hat man für den Erlös ausländische Werte erworben. Das starke Ansteigen mancher Serien von bekannten festverzinslichen Wertpapieren des Auslandes hat diese Tendenz veranschaulicht. Nachdem wieder Verbilligung Platz gegriffen hatte, zeigte sich teilweise eine umgekehrte Entwicklung, die in relativ beträchtlichen Kursabschlägen der so stark begehrten ausländischen Emissionen zum Ausdruck gelangte. In den deutschen Aktienmärkten machte sich bis zur Mitte des Monats ein kühnes Abgleiten der Kurse bemerkbar, bis dann nach dem ruhigen Verlauf der Reichstagsstagung ein Umkehrpunkt eintrat, der zu nicht unbeträchtlichen Kurssteigerungen Anlaß gab. Allerdings konnte zum Schluss des Monats das erreichte Niveau nicht gehalten werden. Auch für die festverzinslichen Werte stellte sich wieder etwas mehr Nachfrage ein. Auf die deutschen Börsen hat, wenn man von den oben beschriebenen innerdeutschen Ursachen absteht, zweifellos auch noch die große im Berichtsmoment herrschende internationale Unsicherheit zurückgewirkt. Die Werten in Newyork, London, Paris usw. wiesen gleichfalls vorwiegend eine schwache Haltung auf, die zum Teil auch durch die südamerikanischen Unruhen ausgelöst wurde.

Ueberwindung der Wirtschaftskrise.

Eine Rundfunkrede Dr. Duisbergs.

Berlin, 2. November.

Im Rahmen einer Reihe von Rundfunkvorträgen über schwebende Fragen der Wirtschaft und Politik sprach nun Berliner Senator aus der bekannte rheinische Wirtschaftsführer Geheimrat Duisberg. Die allgemeine politische Vertrauenskrise sowie die innerwirtschaftliche Finanz- und wirtschaftspolitische Krise können wir mit eigener Kraft bewähren, während bezüglich des allgemeinen Einflusses der herrschenden Weltwirtschaftskrise nur Vorbeugungsmaßnahmen getroffen werden können. Die Reichsregierung hat mit der Vorlegung ihrer Reformvorschläge den energischen Willen bekundet, mit allen Mitteln die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu überwinden. Durch den Reichstagsbeschluss hat die Regierung hierfür eine angemessene Frist genommen. Diese Frist muß auch dazu dienen, daß gleichzeitig mit der Umkehrung der Reformvorschläge in gesetzlicher Form das allgemeine Vertrauen im Inland wieder an Boden gewinnt. Ohne Vertrauen gibt es keine Möglichkeit des Wiederaufstiegs, seine Kräftigung unseres Ansehens im Ausland.

Schwieriger wird sich die Ueberwindung des zweiten Krisenelements im innerwirtschaftlichen Rahmen gestalten. Geheimrat Duisberg verwies vor allem darauf, wie auf der einen Seite verfehlte Wirtschaftspolitik unserer Wirtschaft eine maßlose Behinderung der Entwidlung und Wettbewerbsfähigkeit auferlegt hat, während gleichzeitig die herrschende Weltkrise eine allgemeine Erschütterung der Absatzmärkte mit sich brachte. Mit der Einschränkung der industriellen und gewerblichen Produktion wuchs die Arbeitslosigkeit und die Verunsicherung der Verbraucher. Für die Verdrängung des Binnenmarktes trugen Ueberproduktion und Stöckung der landwirtschaftlichen Erzeugung am weitlichsten bei.

Ein Dauererfolg des Reformwerks ist nur möglich durch Steuerentlastung und Senkung der fixen Produktionskosten, worin Lohn- und Gehaltssummen begriffen sind. Nur dadurch kann die notwendige Einfachheit für die Industrie gewonnen werden, die Deutschland wieder erhöhte Aufträge bringen soll. Mit einer generell durchgeführten industriellen Arbeitszeit-

fürung ist eine Produktionsförderung unvereinbar. Im übrigen kann keine dauerhafte Gesundung der Beschäftigung erreicht werden, wenn nicht alle Restriktionsmöglichkeiten des Youngplans ausgeschöpft werden. Nur durch Befähigung der untragbaren Schuldenlasten wird für alle Partner der Weltwirtschaft, Gläubiger und Schuldner, Entspannung der gegenwärtigen Krise erreicht werden. Schließlich muß die Widerstandsfähigkeit der deutschen Wirtschaft durch die Sicherung einer verbreiterten Exportbasis, vor allem in Mitteleuropa, festifiziert werden, um durch steigenden Absatz eine gesteigerte Beschäftigung zu ermöglichen.

Aus dem Reichsetat 1931.

Reichstanzlei — Reichspräsident — Reichstag.

Berlin, 1. November.

Der nunmehr vorliegende Haushaltsplan des Reichsministeriums, des Reichstanzlers und der Reichstanzlei bringt insgesamt einen Erparnis von rund einer Million Mark. Das ist insofern beachtlich, als der Zuluß im ordentlichen Haushalt überhaupt rund 2,5 Millionen Mark beträgt. Der Fonds in Höhe von 200 000 Mark, der dem Reichstanzler zu allgemeinen Zwecken zur Verfügung stand, ist um 20 000 Mark gekürzt worden.

Wegen der Notlage im Rechnungsjahr 1931 hat die Reichsregierung beschlossen, den bei der zweiten Beratung des Haushaltsplanes 1930 gefassten Beschluß des Reichstages, die Vertretung der Reichsregierung in München künftig wegzulassen, schon jetzt zu verwirklichen.

Der Vertreter der Reichsregierung, der frühere Staatssekretär im Auswärtigen Amt, von Haniel, wird in den einflussreichen Posten ersetzt werden. Die übrigen Beamtenstellen werden auf andere Reichsverwaltungen übertragen werden. Weiter wird wegen der finanziellen Dürftigkeit des Aufgabengebietes der Reichszentrale für Heimatdienst vorübergehend wesentlich eingeschränkt werden. Verschiedene Landesabteilungen werden zusammengelegt, und die Aufwendungen für sächliche Verwaltungsausgaben auf ein Mindestmaß eingeschränkt werden. Die nach Fertigstellung des Erweiterungsbau der Reichstanzlei notwendige Wiederherstellung der Wohnräume des Altbauhauses ist einmündig zurückgestellt worden. Aus dem Etat der Reichstanzlei ist weiter noch bemerktenswerter, daß für das Jahr 1930 in diesem Haushalt der Reichsminister ohne Geschäftsbereich etabliert worden ist.

Infolge der Kürzung der Gehälter um 20 Prozent bezieht der Reichspräsident nunmehr noch 48 000 Rm. Gehalt und 120 000 Rm. Auswandsgehalt.

Im Haushalt des Reichstages sind die Aufwandsentschädigungen für die Mitglieder des Reichstages auf 4 083 200 Mark festgesetzt worden, gegenüber 4 355 000 Mark im Vorjahre. Diese Summe setzt sich zusammen aus den Aufwandsentschädigungen für 577 Reichstagsabgeordnete in Höhe von je 7 200 Mark jährlich, aus den Aufwandsgehaltern des Reichstagspräsidenten in Höhe von 28 800 Mark und aus den Zugewehnen für Ausschüsse in Höhe von je 100 000 Mark. Davon werden 200 000 Mark auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen abgezogen, so daß sich die vorgeschaltene Summe ergibt. Insgesamt sind die Aufwandsentschädigungen von jährlich 9 000 Mark auf 7 200 Mark herabgesetzt worden. Die Entschädigung an die Ehrenbürger für die Freifahrt der Reichstagsabgeordneten hat sich infolge der Vermehrung der Zahl der Abgeordneten um 220 000 Mark erhöht, sie beträgt jetzt rund 1,5 Millionen Mark.

Der Reichstagspräsident fordert für den weiteren Grundbesitz und ersten Teilbetrag eines Neubaus für die Reichsverwaltung eine Million Mark an. In der Begründung wird ausgeführt, daß der Neubau der Reichsverwaltung bedingt in Angriff genommen werden muß, um dem Raumangel der Bäckerei in Wilhelmstraße abzuhelfen. Ferner müssen noch Sitzungssäle für Ausschüsse und Fraktionen sowie Arbeitszimmer für die Abgeordneten hergestellt werden.

Das Auswärtige Amt im Jahre 1931

Kürzung der Diplomatengebälter.

Berlin, 2. November.

Nach dem Haushaltsplan des Auswärtigen Amtes sind die fortdauernden Ausgaben für das Jahr 1931 um rund 4,4 Millionen Mark, das sind 7,4 v. H., gekürzt worden. Diese Kürzung hat nur durch eine harte Kürzung der Ausgabenermittlung, insbesondere der Aufwandsentschädigungen, sowie Herabsetzung des Vertreterentgelts für die Beamten im Ausland von 33 1/2 v. H. auf 25 v. H. ihrer Dienstbezüge und dadurch erreicht werden können, daß ferner selbst wichtige Ausgaben des auswärtigen Dienstes eingespart werden. Die vom Reichstag bei der Beratung des Haushaltsplans für 1930 über eine Kürzung der Bezahlung der Auslandsbeamten gefassten Beschlüsse sind durchgeführt worden.

Diebstahl der 48er Verfassungsurkunde.

Auch die einzige Reproduktion gestohlen.

Berlin, 2. November.

Aus der Reichstagsbibliothek wurde die Verfassungsurkunde von 1848 gestohlen. Der Direktor der Bibliothek, Dr. Fischer, teilt dazu mit, daß neben der Urkunde selbst auch die einzige Reproduktion der Urkunde gestohlen worden ist. Die Urkunde und die Reproduktion befanden sich in einem eisernen Schrank im Speicher der Reichstagsbibliothek. Sie fielen infolge eines Einbruchs in den Schrank geraden Wegs der Reichsverfassung, die Originalurkunden sämtlicher Abgeordneten der Nationalversammlung in der Paulskirche befinden. Die Urkunde ist auf Pergament gedruckt und umfaßt 27 Seiten Text und 19 Seiten Interimsurkunde. Der Einband besteht aus rotem Leder, auf der Vorderseite befindet sich ein Adler in Silber. Schon im Sommer d. J. wurde einmal ein Einbruch in die Reichstagsbibliothek verübt, wobei im wesentlichen gestohlen wurden. Die Verloren des Diebstahls konnte genau ermittelt werden. Ob es sich bei dem neuerlichen Einbruch um den gleichen Mann, der schon mehrfach verurteilt und den die Polizei bisher nicht fassen konnte, handelt, werden die weiteren Ermittlungen ergeben müssen. Das genaue Datum des jüngsten Diebstahls ist leider nicht festzustellen. Die Verfassungsurkunde wurde zuletzt im November 1929 in dem Schrank festgehalten. Zugleich entdeckte man, daß außer der Verfassungsurkunde noch einige andere Werte gestohlen worden sind. Es handelt sich um einige Karikaturen von 1848, leinene Graphiken und einige Bände der Zeitschrift „Mittlerzeitung“, u. a. drei Bände Bilderlexikon der Croix, herausgegeben vom Institut für Sozialforschung in Wien. Der Wert der entwendeten Verfassungsurkunde wird auf mindestens 100 000 Mark geschätzt.

Wichtige Tagung beim Völkerbund.

Die europäische Wirtschaftskonferenz.

Genf, 2. November.

Im Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes ist im Hinblick auf die grundsätzlichen Gegenstände die Behandlung der Frage der Weltbeschäftigungslaufe aus dem Programm der am 17. November zusammen tretenden Europäischen Wirtschaftskonferenz getrieben worden. In den Verhandlungen des Ausschusses ergab sich, daß die Mehrheit des Ausschusses die Auffassung vertritt, daß konfingente nicht in Einklang mit dem Grundgedanken der Weltbeschäftigungslaufe stehen. Der deutsche Vertreter im Wirtschaftsausschuß, Ministerialdirektor Boße, lehnte jedoch diese Auffassung ab und suchte eine sofortige Stellungnahme des Wirtschaftsausschusses zu der konfingentefrage zu vermeiden. Es wurde daher beschlossen, einen Interimsausschuß einzusetzen, der auf der nächsten Tagung Vorstöße macht. Die Europäische Wirtschaftskonferenz, im November wird sich nunmehr in erster Linie mit dem Vorschlag der europäischen Agrarstaaten auf Schaffung von Vorzugsstellen sowie dem englisch-holländischen Vorschlag auf Verständigung zwischen den Freihandels- und den Handelsvertragsstaaten zu befassen haben.

Dangalos verhaftet.

Vorzeltige Abreise Venizelos' aus Angola.

Wien, 1. November.

General Dangalos wurde in seiner Villa in Genf verhaftet. Im Laufe der völligen Ruhe herrschen, sämtliche Offiziere der Armee sollen den Ereignissen gleichgültig gegenüberstehen. Der griechische Kriegsminister hat der Öffentlichkeit eine Erklärung übergeben, wonach die Regierung bereits seit Tagen das Verlassen gewisser Offiziere aufmerksam verfolgt habe. Die Regierung habe nunmehr die Aufwieglung verhaftet. Venizelos, der beinahe täglich zur Zeit in Angola ist, noch am Donnerstag der griechisch-türkische Freundschaftsvertrag unterzeichnet wurde, hat beschlossen, sofort nach Konstantinopel zu reisen, um dort den weiteren Verlauf der Ereignisse abzuwarten. Venizelos beabsichtigt ursprünglich, mehrere Tage in Angola zu verweilen.

Der polnische Wahlterror.

Gewalttaten gegen die deutsche Minderheit.

Warschau, 1. November.

Unter dem Terror, mit dem die polnische Regierung die Vorbereitung der Parlamentswahlen in ihrem Sinne auf rücksichtslosste Weise, hat ganz besonders die deutsche Minderheit zu leiden. Nachdem man damit begonnen hat, einzelne Wähler aus den Wahlkreisen unter höchst fadenheisigen Begründungen zu streichen, sind neuerdings in mehreren Wahlkreisen mit starker deutscher Minderheit einfach die ganzen Kandidatenlisten für ungültig erklärt worden.

Selbstverständlich ist gegen dieses radikale Verfahren der Wahlbeeinflussung Beschwerde eingelegt, doch ist ihr Erfolg angesichts der Stimmung in Warschau sehr zweifelhaft. Hand in Hand mit diesen Maßnahmen gehen die Schikanen gegen einzelne politisch führende Persönlichkeiten, insbesondere gegen führende Abgeordnete. Der beweisende Notwendigkeit, für den polnischen Lehrer eine Wohnung frei zu machen, scheint ein weiterer Grund für die Ausgrenzungen gewesen zu sein. Jedenfalls sind polenfeindliche Motive nicht mit im Spiel gewesen. Der polnische Lehrer in Mlakaien hat selbstliche Beweggründe für ausgeschlossen erklärt. Die Unterdrückung des Falles ist eingeleitet worden.

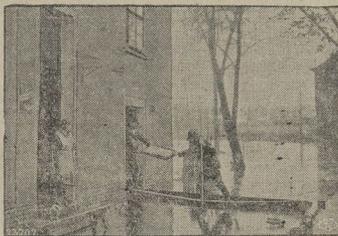
Ein Zwischenfall im Kreis Stuhm

Berlin, 3. November.

In Rixhofaiken, Kreis Stuhm, hat sich ein bedauerlicher Zwischenfall ereignet. Das Gebäude der dortigen polnischen Minderbeischnule und Fenster und Räume an verschiedenen Privatbäuern sind von bisher unbekanntem Täter zum Teil stark beschädigt worden. Die Ursache dieser Vorkommnisse scheint in privaten Familienstreitigkeiten zwischen den Bewohnern des Hauses, in dem die Minderbeischnule sich befindet, zu liegen; diese Bewohner gehören der polnischen Minderbeischnule an. Die beweisende Notwendigkeit, für den polnischen Lehrer eine Wohnung frei zu machen, scheint ein weiterer Grund für die Ausgrenzungen gewesen zu sein. Jedenfalls sind polenfeindliche Motive nicht mit im Spiel gewesen. Der polnische Lehrer in Mlakaien hat selbstliche Beweggründe für ausgeschlossen erklärt. Die Unterdrückung des Falles ist eingeleitet worden.

Schwaffer!

Zu all den vielen Katastrophen und Unglücksfällen haben sich nun auch noch die Naturkatastrophen gesellt. Furchtbares Hochwasser überflutet die Lande. Schließen, Oberfließen und das Überbrück sind kilometerweit überflutet. Unter der Gewalt des Wassers sind die Deiche und Schutzwälle gebrochen, das Wasser ist über die Dämme getreten und ergießt sich mit ungeheurer Gewalt und kaum zu ahnender Schnelligkeit über Dörfer und Städte. Man hat das eigentlich voraussehen müssen, denn der unaufhörliche Regen der letzten Wochen konnte selbst von den Wasserbeden der großen Flüsse nicht mehr gehalten werden. Noch ist der Himmel immer düster, noch ergießt sich immer mehr Regen, begleitet von einem ortanartigen Sturm. Die Oder ist noch ständig im Steigen begriffen. Aus Ratibor merkt man einen Wasserstand von fünfzehn Meter über normal. An seiner Auswirkung erinnert dieses Hochwasser an jene Katastrophe aus dem Jahre 1903. Wie damals, werden auch diesmal die Gehöfte zum Opfer der reißenden Wasser, das Vieh ertrinkt in den Ställen, und die Bewohner müssen sich in die oberen Stockwerke flüchten, wenn sie der Gefahr des Ertrinkens entkommen wollen. Die Boote der Oder werden losgerissen und verfangen sich in den Kronen der Bäume, bis zu deren Spitzen das Wasser hinunter anschlagen ist. Und wenn man anfangs dieses tröstlichen Zustandes feststellen muß, daß der Himmel immer noch keine Schleißen geöffnet hat, dann möchte man unwillkürlich an jene biblische Sintflutgeschichte denken, in der es da heißt: „Und es regnete vierzig Tage und vierzig Nächte, und das Land wurde zu einem großen Meer!“ Man muß solche Hochwasserkatastrophen selbst miterleben können, um die Gewalt des reißenden Elements beurteilen zu können. Meist sind es Millionenchäden, die dadurch binnen ganz kurzer Zeit verursacht werden können.



Hochwasser in der Mark.

Durch das starke Ansteigen des Wasserstandes der Spree ist jetzt auch die Lausitz vom Hochwasser heimgesucht. Die Feuerwehr verjagt die abgehängenen Bewohner mit den notwendigen Lebensmitteln.

Im schlesischen Ueberschwemmungsgebiet.

Die Flutwelle jetzt in Niedererschleien.

Breslau, 2. November.

Während in Obererschleien allgem. ein Fallen des Wasserstandes zu verzeichnen ist und dadurch auch besonders in Oppeln die größte Gefahr beseitigt ist, hat die Flutwelle nunmehr Niedererschleien erreicht, wo im Durchschnitt die Wasserstände einen halben Meter höher sind als am Vortage. Man glaubt aber, daß die größte Gefahr vorüber ist, wenn auch noch mit einem weiteren Ansteigen der Flutwelle in Niedererschleien gerechnet wird. Die Deichbruststelle bei Linden hat noch nicht geschnitten werden können, aber auch eine Erweiterung der Bruchstelle konnte verhindert werden. Scheidewitz, Neu-Limbürg und die Domäne Elpitz sind zwar vom Wasser umspült, werden aber durch alte Deiche geschützt. Die Försterei dagegen steht völlig unter Wasser. Der Förster konnte gerettet werden.

Welche ungeheuren Regenmengen in den letzten Tagen niedergegangen sind, geht aus den Berichten der Wetterstationen hervor. In der mittelschlesischen Ebene sind danach im letzten Monat durchschnittlich über 200 Millimeter Regen gefallen. Aus dem Ober-Rhein- und Oberrhein- und aus dem Ober-Schlesien werden sogar über 300 Millimeter genannt. Hier- und dort sind einzelne Orte bis zu 400 Millimeter an 400 Millimeter herantommen, das heißt an 4 Hektoliter je Quadratmeter, die fast ganz in den letzten Tagen niedergegangen sind.

Bei der unbefriedigenden Witterung ist mit einer schnellen Abnahme des Hochwassers nicht zu rechnen. Da aber auch die Regenfälle nicht mehr die Stärke der letzten Tage erreichen werden, glaubt man, daß die größte Gefahr vorüber ist, um so mehr, als der Schnee in den Mittelgebirgen bereits vollständig geschmolzen und im Hochgebirge zum größten Teil verschunden ist. Im Hochgebirge ist außerdem in den Tagen über 1400 Meter bereits wieder Frost eingetreten. Leider hat das Hochwasserinfekt ein weiteres Opfer gefordert. Wie aus Glas gemeldet wird, ist in der Reife ein Mann ertrunken.



Schneeumwühlungen bei Spindelmühle (Kreuzgebirge)

Während in der schlesischen Ebene das Hochwasser wütet, haben in den Gebirgen, besonders im Riesengebirge, Schneestürme schwere Schäden in den Wäldern angerichtet. U. a. z. die Bewirtschaftung im Wader bei Spindelmühle.

Alle Berufs-, Unterhaltungs- und Mode-Zeitschriften liefert **Richard Arnold**, Buchhandlung, Leipzigerstr.

Nachklang zum 25 jährigen Jubiläum

des Vaterländischen Frauen-Vereins

von H. F. H. H. H.

Viele Jahre sind vergangen, seit zu werten angefangen Unser Frauen-Verein, Damals wohl zunächst noch klein.

Doch man sah die Zahl sich mehr Derer, die der Not zu wehren Und zu lindern Deutschlands Leid Sich verbanden voller Freud'.

Wer möcht' ihre Namen nennen, Die da wollen gern bekennen Sich zum hohen hehren Ziel: Heilen gern und helfen viel.

Allen denen laßt uns danken, Die da freudig sonder Danken An die Spitze sich gestellt Da, wo Liebe Wache hält.

Möge Gott mit Seinem Segen Leiten euch auf euren Wegen Und euch schenken Seine Kraft, Sie, die neues Leben schafft.

Aus der Heimat und dem Reich.

Remberg, den 3. November 1930

Von der hiesigen Polizeiverwaltung wird uns mitgeteilt, daß die Angelegenheit Kutter vom ersten Tage an von der Staatsanwaltschaft bearbeitet wird. Auf eine neuerliche Anfrage erhielt sie von der Staatsanwaltschaft die Antwort, daß das Ergebnis der Obduktion noch nicht vorliege.

Der Arbeiter Friedrich Kausch aus Gabig wurde in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend auf der Gabiger Straße etwa 100 Meter hinter der Königsbrücke von zwei Männern überfallen. Während des Jahres erhielt er mit einem Gummiknüppel mehrere Schläge auf den Kopf, wodurch er besinnungslos wurde und vom Rade fiel. Die Mäuler, von denen der eine maskiert war, nahmen dem Ueberfallenen das sauer verdiente Lohngehalt und die Uhr ab. Außerdem zerlegten die Täter die Radlampe und zerhackten die Gummireifen am Rade. Das Portemonnaie ließen sie zerhackt auf der Straße liegen. Der Maurer Erich Schäfer, der nur wenige Minuten nach der Tat kam, konnte von den Tätern nichts mehr entdecken. Von Seiten der Polizei werden bestimmte Spuren verfolgt.

Vater Bauz tot. Am 28. Oktober starb ganz plötzlich der Veteran von 1870 und ehemaliger Feldbater Albert Bauz. Nach dem Tode seiner Frau zog er zu seiner Tochter nach Lebnau, um dort seinen Lebensabend zu verbringen. Vor neun Tagen starb sein Schwiegersohn gelegentlich einer Hochzeitsfeier an Herzschlag. Die Aufregung über diesen Vorfall dürfte auch der Grund zu dem so schnellen Tod des alten Veteranen sein. Man lebte in Remberg nur noch vor Veteranen aus großer deutscher Zeit.

Krankeassenbeiträge. Die Allgemeine Ortskrankenkasse II für den Landkreis Wittberg hat den Beitragsfuß um 10 Prozent ermäßigt, danach gelangt vom 2. November d. J. ab ein Beitragsfuß in Höhe von 5,50 v. S. des Grundlohnes zur Berechnung. Die bisherigen erhöhten Beiträge werden weiter gewahrt. Die Ermäßigung der Beiträge konnte erfolgen durch die auf Grund der Notverordnung erzielten Ersparnisse.

Esp Ausbau der Lutherhallen-Sammlungen. Wichtigste Beschlüsse des Kuratoriums. Das erweiterte Kuratorium der Wittberger Lutherhalle trat zu einer Sitzung zusammen, zu der u. a. Vertreter des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, des Evangelischen Oberkirchenrats, sowie Regierungs-Präsidenten u. Darnach erschienen waren. Verhandelt wurde zunächst über den Ausbau der Lutherhallen-Sammlungen durch Verlegung der Zufahrtswegung in die Räume der ehemaligen Lutherhalle in Erdgesch. So kann das obere Stockwerk ganz für Ausstellungen- und Arbeitszwecke benutz werden. Ein anderer Fragekomplex betraf die Beschaffung einer Dienstwohnung für den seit diesem Jahre hauptamtlichen Konservator, der zugleich am Predigerseminar Vorlesungen hält. Das Augustium selbst wird umgebaut werden, da man damit rechnet, daß das Predigerseminar mit zehn weiteren Kandidaten belegt werden wird. — Auch das altfahische Problem der Schloßkirche stand zur Erörterung. Eine Probeanzahl soll an einen von der jetzigen Kanzel aus nach der Mitte der Kirche anschließenden Pfeiler aufgestellt werden, um die akustische Wirkung von dort aus praktisch auszuprobieren. Besonders erhellend wirkte bei der Sitzung das rege Interesse der Behörden an der Beschaffung und dem weiteren Ausbau der Lutherhalle und zugleich des Predigerseminars.

Dranienbaum. (Verunfächtigter Tabakzoll.) Das Finanzministerium hat, wie wir erfahren, sich dahin entschieden, die Neubelastung des Tabaks in der Form vorzunehmen, daß der Zoll für Rohtabak von 80 auf 400 Mark erhöht, also verunfächtig wird. Für die Zigaretten soll allerdings die Wirkung dadurch ausgeglichen werden, daß gleichzeitig die Materialsteuer von 600 auf 200 Mark herabgesetzt wird, während die Vandalensteuer von 33 auf 38 Prozent erhöht wird. Die Regierung glaubt, daß dadurch eine Verteuerung der Zigarette nicht nötig sein werde.

Sorkhof. Umfangreiche Gleisarbeiten werden zur Zeit auf der Bahnstrecke der Dessau-Wörlitzer Eisenbahn durchgeführt. Die Arbeiten sind bisher vom Bahnhof Wörlitz bis zum Kapengraben gediehen. Dort in man in diesen Tagen gerade mit dem Ausweichen von Gleisflächen beschäftigt. Die Arbeiten werden fu durchgeführt, daß der Zugverkehr keinerlei Störung erfährt.

Sohenmüssen, 30. Okt. Als sich die Stadtäter zu einer öffentlichen Sitzung zusammenfanden, mußten sie zu ihrem Erstaunen bemerken, daß sämtliche Stühle im Sitzungssaal

Taal fehlten. Kommunisten, die sich vor der Sitzung eingefunden hatten, hatten einfach die Stühle in den Zuhörerraum geschafft, und lehnten es ab, sie wieder herauszugeben. Angesichts dieser „Stuhlobstigkeit“ mußte der Vorsitz der Stadtverordneten wieder nach Hause schicken. Der Zuhörerraum wurde später von der Polizei geräumt.

Schnelles Steigen der Elbe

Torgau. Wie aus den Wasserstandsmeldungen am örtlichen Pegel und den vom Hochwasserdienst bekanntgegebenen Hochwasserfestlegungen der Dresdner Medizinstelle hervorgeht, ist ein erhebliches Steigen des Elbewasserspiegels bemerkbar; die Wasserhöhe beträgt innerhalb acht Tagen rund vier Meter. Die Bühnen und Baumerke an der Elbe sind überflutet und die Unterhaltungsarbeiten daher auf der ganzen Strecke eingestellt worden, wovon rund hundert Arbeiter betroffen werden. — Auch Bretzlin meldet starkes Ansteigen der Elbe. Die Fährre mußte bereits eingebracht und der Verkehr durch ein Motorboot ausgenommen werden. Die Ufer und Weiden sind überflutet. Auch das Weisgelande bei Wittenberg steht bis an die Deiche unter Wasser.

Mühlberg (Elbe). Postkraftwagenverunglückt. Der Postkraftwagen, der seit dem 1. Oktober die Verbindung zwischen Falkenberg und Mühlberg besorgt, ist schwer verunglückt. Der Fahrer, offenbar durch den herrschenden Sturm unsicher gemacht, fuhr den Wagen mit voller Gewalt gegen einen Baum. Das Fahrzeug wurde schwer beschädigt, der Fahrer mit erheblichen Verletzungen ins Krankenhaus gebracht.

Nordhausen. Untersuchungen im Kirchenrat. Am heiligen Kirchenfestum sind Untersuchungen aufgedeckt worden. Man spricht von einer Summe, die sich auf ca. 6000 M beziffert. Die Untersuchungen werden weitergeführt.

Strafautrag gegen einen nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten

Magdeburg. Der nationalsozialistische Abgeordnete des Landtags von Mecklenburg-Strelitz, Georg Hinrich aus Burg-Stargard, mußte sich, da er den Fahrpreis für eine Kraftdroschke nicht zahlen konnte, auf einer hiesigen Polizeiwache zwecks Feststellung seiner Personalien stellen. Er hat sich dabei schwere Beschimpfungen über den Staat den Innenminister, den Berliner Polizeipräsidenten Weiß usw. zuzulassen kommen lassen. Hinzukommend ließ er am nächsten Tag bei den Beamten mit Kränzen. Die auf diese Beschimpfungen so außerordentlich großartig waren, ließ sich der Polizeipräsident von Magdeburg veranlassen, gegen Hinz Strafautrag zu stellen.

Revision gegen den Nachterstedter Freispruch

Fahrbefehl. Am Nachterstedter Mordprozess hat die Staatsanwaltschaft Fahrbefehl Revision gegen das freisprechende Urteil beim Reichsgericht angemeldet. Der Staatsanwalt hatte, wie gemeldet, den Angeklagten, Heiligenschen Otto Koch, für schuldig befunden und die Todesstrafe beantragt, während das Gericht die Beweise nicht für ausreichend erachtete und den Angeklagten freisprach.

Halle. Massenverhaftungen. 32 Angehörige der NSDAP wurden im Lokal „Zoologischer Garten“ festgenommen, weil sie auf einer öffentlichen Verammlung in Teilen ihrer Parteiform erschienen waren. Die Festgenommenen sind nach Feststellung und Abschätzung der Verhältnisse auf dem Polizeigebäude wieder entlassen worden, bis auf einen der Beteiligten, der ein feststehendes Messer vor seiner Festnahme fortgeworfen hatte. Er wird dem Schnellrichter vorgeführt werden. — Mehrere Flugblattverteiler der SPD wurden von Angehörigen der NSDAP am Steintor angerempelt. Mit Gewalt wurden den Verteilern die Flugblätter entzogen. Etwas später spielte sich derselbe Vorfall am Konsumverein in der Humboldtstraße ab. Mit Gewalt und unter Bedrohung mit Messern wurden auch hier den Verteilern die Flugblätter entzogen. Zwei Flugblattverteiler erlitten Verletzungen. Drei Täter sind bisher ermittelt.

Halle. Auf der Flucht tödlich abgestürzt. In einer der letzten Nächte entwichen die beiden Zuchthausgefangenen Paul Kolanos und Willi Lucia, die sich in der Irrenabteilung des Strafgefängnisses am Kirchtor zur Beobachtung ihres Geisteszustandes befanden. Sie hatten sich in Vorbereitung zu verhehlen genutzt, die inneren Türen mittels Nachschlüssel geöffnet und waren dann über die Mauer ins Freie gelangt. Aus alten Säcken hatten sie sich ein Tau gedreht, mit dem sie sich vom Dach herabließen. Lucia zog sich beim Abstieg innere Verletzungen zu, denen er im Krankenhaus nach einer Operation erlag. Kolanos konnte noch nicht ergriffen werden. Beide hatten noch eine mehrjährige Strafe abzuüben.

Dessau. Die feindlichen Familien. Im Hause Steinstraße 10 entstand nachts aus einer Familienstreitigkeit eine förmliche Schlächt. Die Mitglieder von vier Familien gingen mit Dolchen, Keulen und Holzknütteln aufeinander los. Schließlich mußten fünf Schwerverletzte ins Krankenhaus gebracht werden.

Dessau. Keine Kürzung der Beamtengehälter. Der Sanitätsausschuß des Anhaltischen Landtags lehnte den sozialdemokratischen Antrag auf Kürzung der oberen Beamtengehälter um zwanzig Prozent mit Stimmengleichheit ab. Die Rechte stimmte gegen die Kürzung.

Altenburg. Zwangsverwaltung. Hier fand die erste Stadtratsitzung unter der Zwangsverwaltung statt. Der Stadtrat beschloß die Aufnahme eines Darlehens bis zu 20.000 M zum Umbau der Fabrikräume für das Wohlfahrtsamt. Die Getränkesteuer wurde durch den Staatskommissar eingeführt. Die Kraftpostlinie Altenburg-Röhrn wird, nachdem der Stadtrat den Vertrag mit der Reichspost geschlossen hat, eingezogen werden.

Dresden. Ueberraschung. In der Neubergrabenstraße wurde eine zwanzigjährige Hausmutter von einem 35 Jahre alten Zigarrenhändler durch drei Pistolenkugeln schwer verletzt. Nach der Tat lösch sich der Mann selbst zwei Kugeln in die Brust. Die Verletzten wurden in Krankenhaus eingeliefert. Der Zustand des Mädchens ist bedenklich. Verschmähte Liebe soll der Grund zur Tat gewesen sein.

Dresden. Wieder ein holländisches Flugzeug notgelandet. Ähnlich wie am Tage zuvor

mußte wieder ein dreimotoriges holländisches Flugzeug vom Hoeksteep, das den Luftdienst auf der Strecke Rotterdam-Leipzig-Krag besorgt, auf dem Dresdner Flugplatz notlanden. Die Landung ging glatt vonstatten.

Grimma. Stintbomben im Stadtparlament. Nach dem Vorfall von Weisensfeld wurden auch hier Stintbomben in den Stadterordnetenrat geworfen, als der Vorsitz sich gezwungen sah, die Sitzung zu unterbrechen. Bei der Beratung kommunistischer Anträge war es zu erregten Zwischenfällen gekommen, die dazu führten, daß dem kommunistischen Redner das Wort entzogen wurde. Da dieser trotzdem weiter sprach und sich unmittelbar an die Publikumstribüne wandte, wurde die Sitzung schließlich aufgegeben.

Reichenhain (Erzgebirge). Eisenbahnunfall. Zwei mit Langholz und Schotterfrachten schwer beladene Güterwagen kamen beim Rangieren ins Rollen und saufen in schneller Fahrt nach dem Bahnhof Gleditzland, wo ein Personenzug abfahrtsbereit stand. Die führerlosen Güterwagen konnten noch im letzten Augenblick auf ein Nebengleis geleitet werden, wo sie am Bremsblock vollkommen gerietert wurden.

Bücher- und Zeitschriftenchau.

Die Buch- und Zeitschriftenchau der Gewerkschaften ist ein Ereignis, das die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse auf sich zieht. Die Bücher- und Zeitschriftenchau der Gewerkschaften ist ein Ereignis, das die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse auf sich zieht. Die Bücher- und Zeitschriftenchau der Gewerkschaften ist ein Ereignis, das die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse auf sich zieht.

Die Bücher- und Zeitschriftenchau der Gewerkschaften ist ein Ereignis, das die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse auf sich zieht. Die Bücher- und Zeitschriftenchau der Gewerkschaften ist ein Ereignis, das die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse auf sich zieht. Die Bücher- und Zeitschriftenchau der Gewerkschaften ist ein Ereignis, das die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse auf sich zieht.

Christliche Gemeinschaft innerhalb d. Landeskirche
Dienstag abends 8 Uhr
in Bürgeraal
Prediger Westermann-Wittenberg.
Hierzu wird herzlich eingeladen

Die Grundstücksbesitzer u. Pächter

der Gemarkung **Niemitz** werden ersucht, die an ihren Grundstücken befindlichen Gräben innerhalb 14 Tagen ordnungsmäßig zu räumen, widrigenfalls es auf ihre Kosten geschieht.

H. Söhne, Marktenrichter.

Inlette

federdicke
Qualitäten
füllfertige, doppelt gereinigte
und gewaschene Ware

Preise ermäßigt!

Wilhelm Weydanz

Prima frisches

Rind- und Hammelfleisch

empfehlen
Nich. Krausemann Nachf.
Inhaber Heinrich Schneider

Prima frisches

Hammelfleisch

empfehlen
Ewald Ballmann

Dienstag früh eintreffend

frischer Schellfisch

Fischfilet billiger

Büchlinge

Paul Mierhschte, Burgstraße

Tannengrün

verkauft

Ernst Reinede, Wittenbergstr. 47

Bestellungen auf **Bestreift**

nehme ich schon jetzt entgegen

ff. frische

grüne Heringe

frischen Schellfisch

Büchlinge

ger. Seelachs

ger. Schellfisch

Sprossen

Dienstag früh eintreffend bei

Ww. Emma Reinede

Gelbfleischige

Speisekohlrüben

sowie gute handverlesene

Speisefartoffeln

rote und weiße, und

50 Ztr. Runkelrüben

verkauft billig

Fanslau, Kemberg, Löpferstr. 16

Bergamentpapier

empfehlen

Richard Arnold

Winter-Astern

weiße ballförmige Prachtware

und

Erka, Alpenveilchen

u. w. empfiehlt billigst

Hermann Leue, Gärtner

Preussisch - Süddeutsche Klassenlotterie.

Zur 2. Klasse 36. (262.) Lotterie,

Ziehung am 21. u. 22. November,

Kauflose

in allen Abschnitten vorräthig.

Staatl. Lotterie-Einnahme von König Wittenberg

(Bez. Halle) Coswiger Straße 20 - Tel. 2686,

Postfachkonto: Leipzig 27138

Morgen Dienstag früh 1/8 Uhr

Speck-Ruchen

Ernst Wend

Morgen Dienstag von 7 Uhr ab

Speckkuchen

Bäckerei Berndt Wittenbergstr.

Stadtkoffer

empfehlen

Richard Arnold.

Eine junge

frischmilchende Kuh

sowie eine schöne

hochtragende Färse

stehen preiswert zum Verkauf

Herrn Dietrich, Weinbergstr. 22

D. K. O. Motorrad

300 ccm, Modell 28, Dreiganggetriebe, komplett, billig zu verkaufen.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Auf Wunsch Vorführung.

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Kemberg — Fernsprecher Nr. 203.



„Sie können sich gar nicht vorstellen, mit welcher Freude der Kleine SCOTT'S EMULSION genommen hat.“ Der Ausschlag, der ihn so gequält hatte, wurde bedeutend besser und er bekam ein frisches Aussehen. Es ist erstaunlich, wie Ihre SCOTT'S EMULSION auf das Gedeihen der Kinder wirkt. Es ist mir eine Freude, diese in meinen Freundes- und Bekanntenkreisen bestens zu empfehlen.
Math. Sch., in Köln-Nippes.
Depot: Löwen-Apotheke, Elbe.

Eine Regendecke

ist heute vormittag von **Kemberg bis Gonnio** verloren worden. Gegen Belohnung abzugeben im Kornhaus

Krieger-Berein

Dienstag, den 4. Nov., abds. 7/9 Uhr im Palmbaum

Berufsammlung

Zahlreiches Erscheinen erwünscht

Der Vorstand

Gewerbe-Berein

Am Mittwoch, den 5. November, von 5-8 Uhr im Schützenhaus

Sprechstunden

Anschließend 1/2 Uhr

Berufsammlung

Um zahlreiches Erscheinen bitten

Der Vorstand.

Spielkarten

empfehlen

Richard Arnold

Volkswohl-Lose

für soziale und kulturelle Zwecke

Einzellos 1.- Mk. — Doppellos 2.- Mk.

2 Hauptgewinne Zwei: vollständig eingerichtete Landhäuser

im Werte von je 50.000 M.

2 Prämien Drei Landhäuser im Werte von je 25.000 M.

2 Hauptgewinne: Zwei Landhäuser im Werte von je 20.000 M.

Gewinne im Werte von 430.000 M.

Auf Wunsch 90% in bar

Ziehung: Nächste Woche

Zu haben bei

Richard Arnold, Buchhandlung, Leipzigerstr.

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Samstags Sonntagsblatt“ und „Musiktheater-Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsänderung Streich usw. verliert jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 5spaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3spaltige Kleinzeile 40 Pfg., Ausnahmestriche 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für wichtige Werbeflächen und für geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird besonderer Preis übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Leihen, zuzüglich Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 129

Dienstag, den 4. November 1930

32. Jahrg.

Zuchtbulle-Verkauf.

Donnerstag, den 6. November, um 20 Uhr soll im **Ratseller** zu Kemberg ein 15 1/2 Jähriger schwerer **Zuchtbulle** meistbietend verkauft werden.

Versichtigung vorher bei Herrn Landwirt Otto Schulze, Leipziger Neumarkt 21, gern gehalten.

Kemberg, den 6. Oktober 1930.
Der Magistrat.

Für die Mitglieder der **Freiwilligen Feuerwehr** mit allen **Ordnungs-, Wasser- und Druckmannschaften** sowie **Wasserfahrern** findet die große

Herbstübung

im Laufe dieser Woche statt. Sobald die Alarmzeichen ertönen, haben sich sämtliche Mannschaften **sofort am Spritzenhause zu versammeln**, wo das Brandobjekt befeuert werden wird.

Kemberg, den 3. November 1930.
Die Polizeiverwaltung. Der Oberbrandmeister.

Börse und Politik.

Der Monat Oktober fand ganz besonders im Zeichen der innerdeutschen Politik. Die große Ungewissheit, die im Hinblick auf den Eintritt des Reichstages und die weitere Gestaltung der deutschen Politik geherrscht hatte, war die Veranlassung zu einer Zuspitzung, die sich besonders stark am Geld- und Kapitalmarkt auswirkte. Trotz verschiedener Abwärtstendenzen für den kurzfristigen Gelder, die insbesondere den Gold- und Devisenbestand der Reichsbank beeinträchtigte, erwies sich jedoch die Position der Reichsbank als auch die der deutschen Banken als durchaus gesichert. Hieraus ist zu folgern, daß die deutsche Bankwelt den Unsicherheitsfaktor, der in den kurzfristigen Auslandsanleihen besteht, durch vorzügliche Dispositionen auszugleichen versteht. Deshalb muß auch den Zweifeln an der deutschen Währung wieder entgegengetreten werden. Die deutsche Reichsmark hat sich auch in den kritischen Tagen des Oktober als durchaus gesichert erwiesen. Selbstverständlich muß es immer die Aufgabe jeder verantwortungsbewußten politischen Führung sein, alles aufstrengt zu vermeiden, was den deutschen Kredit und damit auch die deutsche Wirtschaft zu schädigen geeignet sein könnte. Wie oft ist es von allen maßgebenden Wirtschaftlern als eines der dringendsten Erfordernisse bezeichnet worden, nach den Verheerungen der Inflation die Bildung von Spartkapital mit allen Kräften anzuregen und zu fördern, schon aus dem Grunde, um Deutschlands Kapitalbedarf möglichst unabhängig vom Ausland zu befriedigen. Ganz besonders ist die Inangriffnahme der Sparpolitik auch unter dem Gesichtswinkel der Förderung und Verbilligung des Realcredits durch den Banker und die Verbilligung der Bautätigkeit dringend notwendig. Deshalb muß peinlichst darauf geachtet werden, daß alles unterbleibt, was das Vertrauen in den deutschen Sparerkreis, was das Vertrauen in den Inland abhalten könnte. Gerade angesichts der Wirtschaftskrisen muß es die Aufgabe aller derjenigen, die der Welt weiser Teile der Bevölkerung zu steuern gewillt sind, sein, das Vertrauen zur deutschen Wirtschaft und zur Sicherheit der deutschen Anlagewerte zu steigern.

Die deutsche Wirtschaftslage hat im Oktober noch keine Besserung zu verzeichnen. Der Beschäftigungsgrad hat sich insgesamt noch weiterhin verschlechtert, was in den meisten Gewerbezweigen zum Ausdruck gelangte. Allerdings hat auch einige erfreuliche Ausnahmen zu erwähnen. Einzelne Teile der Textilindustrie wiesen eine Besserung auf, die zum Teil fallonmäßig bedingt war. Relativ gut beschäftigt sind auch nach wie vor einige Zweige der Schwermetallindustrie, soweit sie sich mit dem Radiowellen befassen. Auch der letzte Bericht der F. G. Farbenindustrie ließ erkennen, daß dieses in fast allen wichtigen Teilen der chemischen Produktion maßgebende Unternehmen einen relativ befriedigenden Beschäftigungsgrad aufweist. Im Kalkbergbau hat sich der Absatz für das In- und Ausland auch noch verhältnismäßig günstig gestaltet. Von erheblicher Bedeutung dürfte die nennmehr in der Durchführung begriffenen Maßnahmen zum Zwecke des Preisabbaues sein. Im Mittelpunkt dieser Aktion wird die Ermäßigung der Kohlenpreise stehen, deren Auswirkungen für die deutsche Wirtschaft von größter Tragweite zu werden versprochen, besonders wenn auch die Strom- und Kraftlieferung entsprechend verbilligt wird. In engerem Zu-

sammenhang hiermit steht auch die Frage der Senkung der Eisenpreise. Für das Rangemede wird es überaus wichtig sein, daß auch auf dem Gebiet der Baustoffe erhebliche Verbilligungen eingetreten sind, die wirtschaftlich, wenn die Inflationsreduktion Tatsache geworden ist, zum Teil noch weitere Preisabschläge erfordern werden. Somit eröffnen sich jedenfalls für die kommende Zeit gewisse, nicht unangenehme Perspektiven für die deutsche Wirtschaft, vorausgesetzt, daß es möglich sein wird, die dringende Sanierung und Neuordnung unserer Finanzen und Steuern zur Durchführung zu bringen. Erfolgreicherweise hat sich in der zweiten Hälfte des Oktober wieder eine Festigung des Vertrauens ergeben, besonders nachdem auch der sogenannte „Leberbrüchigkeitstest“ als ein besonderer Vertrauensbeweis des Auslandes zustande gekommen war. Seitdem hat sich auch die Devisenlage wieder günstiger gestaltet. Vielfach sind zurückgehende Auslandsgehälter durch neuen Zufluss kompensiert worden. Man darf deshalb, wenn von der politischen Seite her keine beunruhigenden Einwirkungen zu erwarten sind, erwarten, daß sich die



Berlin, 2. November.

Im Rahmen einer Reihe von Rundfunkvorträgen über schwebende Fragen der Wirtschaft und Politik sprach vom Berliner Sender aus der bekannte rheinische Wirtschaftsführer Geheimrat Duisberg. Die allgemeine politische Vertrauenskrise sowie die innerwirtschaftliche Finanz- und wirtschaftspolitische Krise können wir mit eigener Kraft bezwingen, während bezüglich des allgemeinen Einflusses der herrschenden Weltwirtschaftskrisis nur Vorbeugungsmaßnahmen getroffen werden können. Die Reichsregierung hat mit der Verlegung ihrer Reformvorschläge den energischen Willen bekundet, mit allen Mitteln die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu überwinden. Durch den Reichstagsbeschluss hat die Regierung hierfür eine angemessene Frist genommen.

Diese Frist muß auch dazu dienen, daß gleichzeitig mit der Umsetzung der Reformvorschläge in gesetzliche Form das allgemeine Vertrauen in Inland wieder an Boden gewinnt. Ohne Vertrauen gibt es keine Möglichkeit des Wiederaufstiegs, keine Kräftigung unseres Ansehens im Ausland.

Schwieriger wird sich die Überwindung des zweiten Krisenelements im innerwirtschaftlichen Rahmen gestalten. Geheimrat Duisberg verwies vor allem darauf, wie auf der einen Seite verfehlte Wirtschaftspolitik unserer Wirtschaft eine maßlose Verengung der Entwicklungs- und Wettbewerbsfähigkeit auferlegt hat, während gleichzeitig die herrschende Weltkrise eine allgemeine Erschütterung der Absatzmärkte mit sich brachte. Mit der Einschränkung der industriellen und gewerblichen Produktion wuchs die Arbeitslosigkeit und die Verschuldenung der Betriebe. Für die Verdrängung des Binnenmarktes trugen Ueberproduktion und Stöckung der landwirtschaftlichen Erzeugung am wesentlichsten bei.

Ein Dauererfolg des Reformwerks ist nur möglich durch Steuerentlastung und Senkung der fixen Produktionskosten, worin Lohn- und Gehaltsmengen begriffen sind. Nur dadurch kann die notwendige Einfachheit für die Industrie gewonnen werden, die Deutschland wieder erhöhte Aufträge bringen soll.

Mit einer generell durchgeführten industriellen Arbeitszeit-

führung ist eine Produktionsförderung unvereinbar. Am wirksamsten kann keine dauerhafte Besserung der Verhältnisse erreicht werden, wenn nicht alle Realisationsmöglichkeiten des Programms ausgeschöpft werden. Nur durch

Befestigung der ungetragenen Tribunaleten wird für alle Partner der Weltwirtschaft, Gläubiger und Schuldner, Entspannung der gegenwärtigen Krise erreicht werden. Schließlich muß die Widerstandsfähigkeit der deutschen Wirtschaft durch die Sicherung einer breiteren Exportbasis, vor allem in Mitteleuropa, festgelegt werden, um durch steigenden Absatz eine gesteigerte Beschäftigung zu ermöglichen.

Aus dem Reichsetat 1931.

Reichstanzlei — Reichspräsident — Reichstag.

Berlin, 1. November.

Der nunmehr vorliegende Haushaltsplan des Reichsministeriums, des Reichstanzlers und der Reichstanzlei bringt insgesamt eine Ersparnis von rund einer Million Mark. Das ist insofern beachtlich, als der Zufluss im ordentlichen Haushalt überhaupt nur 2,5 Millionen Mark beträgt. Der Fonds in Höhe von 200 000 Mark, der dem Reichstanzler zu allgemeinen Zwecken zur Verfügung stand, ist um 20 000 Mark gekürzt worden.

Wegen der Notlage im Rechnungsjahr 1931 hat die Reichsregierung beschlossen, den bei der zweiten Beratung des Haushaltsplanes 1930 gefassten Beschlüssen des Reichstages, die Vertretung der Reichsregierung in Münden künftig wegzulassen, sich jetzt zu verwickeln.

Der Vertreter der Reichsregierung, der frühere Staatssekretär im Auswärtigen Amt, von Haniel, wird in der einstweiligen Weisung über die Reichsverwaltungen übertragen werden. Weiter wird wegen der finanziellen Notlage das Aufgabengebiet der Reichszentrale für Heimatdienst vorübergehend verkleinert eingegränzt werden. Verschiedene Landesabteilungen werden zusammengelegt, und die Aufwendungen für sächsische Verwaltungsaufgaben auf ein Minimum eingeschränkt werden. Die nach Fertigstellung des Erweiterungsbau der Reichstanzlei notwendige Wiederherstellung der Wohnräume des Abbaues ist einstweilen zurückgestellt worden. Aus dem Etat der Reichstanzlei ist weiter noch bemerkenswert, daß für das Jahr 1931 in diesem Haushalt der Reichsmünzmeister ohne Gehaltsbereich etabliert worden ist.

Infolge der Kürzung der Gehälter um 20 Prozent bezieht der Reichspräsident nunmehr noch 48 000 RM. Gehalt und 120 000 RM. Aufwandsgehalt.

Im Haushalt des Reichstages sind die Aufwandsentschuldigungen für die Mitglieder des Reichstages auf 4 083 000 Mark festgesetzt worden, gegenüber 4 835 000 Mark im Vorjahre. Diese Summe setzt sich zusammen aus den Aufwandsentschuldigungen für 577 Reichstagsabgeordnete in Höhe von je 7 200 Mark jährlich, aus den Aufwandsgehaltern des Reichstagspräsidenten in Höhe von 28 800 Mark und aus den Tagelohnen für Auswahlsitzungen in Höhe von 100 000 Mark. Davon werden 200 000 Mark auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen abgezogen, so daß sich die vorgenannte Summe ergibt. Insgesamt sind die Aufwandsentschuldigungen von jährlich 9 000 Mark auf 7 200 Mark herabgesetzt worden. Die Entschuldigung an die Elternhäuser für die Freizeith der Reichstagsabgeordneten hat sich infolge der Vermehrung der Zahl der Abgeordneten um 220 000 Mark erhöht, sie beträgt jetzt rund 1,5 Millionen Mark.

Der Reichstagspräsident fordert für den weiteren Grundbesitz und ersten Teilbesitz eines Neubaus für die Reichsverwaltung eine Million Mark an. In der Begründung wird ausgeführt, daß der Neubau der Reichsverwaltung bedingt in Angriff genommen werden muß, um dem Raumangel der Bücherei in Wirtschaft abzuhelfen. Ferner müssen noch Sitzungssäle für Ausschüsse und Fraktionen sowie Arbeitszimmer für die Abgeordneten hergestellt werden.

Das Auswärtige Amt im Jahre 1931

Kürzung der Diplomatengebälter.

Berlin, 2. November.

Nach dem Haushaltsplan des Auswärtigen Amtes sind die fortwährenden Ausgaben für das Jahr 1931 um rund 4,4 Millionen Mark, das sind 7,4 v. H., gekürzt worden. Diese Kürzung der Finanzlage des Reiches veranlaßt die Ausgabenminderungen, insbesondere der Aufwandsentschuldigungen, sowie Herabsetzung des Bekehrtenaufwands für die Beamten im Ausland von 3 1/2 v. H. auf 2,5 v. H. ihrer Dienstbezüge und dadurch erreicht werden können, daß ferner selbst wichtige Ausgaben des auswärtigen Dienstes eingeschränkt werden. Die vom Reichstag bei der Beratung des Haushaltsplans für 1930 über die Kürzung der Bezahlung der Auslandsbeamten gefassten Beschlüsse sind durchgeführt worden.